



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/45 - 22.2.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039890

SPD-Sozialplan nun Wahlprogramm	S. 1
Die Antwort aus Moskau	S. 3
Dr.Kather hat Ministeraspirationen ...	S. 5

Sozialplan abgelehnt: Es lebe der Sozialplan !

rd. Die Regierungskoalition hat im Bundestag die Bildung einer sozialen Studienkommission abgelehnt und stattdessen beschlossen, dem Arbeitsminister einen Arbeitsausschuß zu unterstellen, mit der Aufgabe, die sozialen Dienste zu entflechten und soziale Gesetzesvorlagen zu erarbeiten. Das klingt sehr nüchtern und doch verbirgt sich hinter diesem Beschluß eine ungeheure Problematik und die krasse Gegensätzlichkeit sozialpolitischer Konzeptionen.

Dem SPD-Antrag auf "Errichtung einer sozialen Studienkommission" lag die jahrelange Arbeit einer Reihe bekannter Sozialexperten zugrunde, die mit "Grundsätzen der sozialen Sicherung" und einem allerdings erst losen Entwurf eines "Sozialplanes" das ganze Gebiet der sozialen Sicherung unseres Volkes auf eine neue gesetzliche und organisatorische Grundlage stellen wollten. Es war vorgesehen, allen Teilen des Volkes, ohne Ansehen von Stand, Alter und Geschlecht, einen einheitlichen Gesundheitsdienst und für alle Wechselfälle des Lebens, also von der Geburt über das Wochenbett bis zum Sterbelager, materielle Sicherheit zu gewähren. Sie sollte "aus einer Hand kommen", von einer Kasse, dem "Sozialfonds". An seiner Finanzierung sollten alle Bevölkerungsschichten nach ihrem Einkommen beteiligt werden und weitgehend dezentralisierte Selbstverwaltung hätte jedermanns Rechtsanspruch auf Leistung zu sichern.

Die ersten Forderungen Arbeit taten die Sozialdemokraten einen übereinstimmenden Entschluß. Sie meinten, eine solche sozialreformistische Aufgabe dürfe nicht nur vom Willen einer Partei, sondern müsse gerade in einer Demokratie von möglichst allen Parteien getragen sein. Sie verzichteten auf ihre "Grundsätze" und ihren "Sozialplan" als parteiliches Programm und verließen sich auf die Erkenntnis auch der bürgerlichen Sozialpolitiker, in deren Reihen über die Übelstände unserer Sozialstruktur ebenfalls nur eine Meinung herrscht. Diese gemeinsame Kenntnis und Erkenntnis würde sich schon, so hofften sie, in sozialen Reformen niederschlagen. Sie bauten den Parteien des Bundestages eine goldene Brücke der Zusammenarbeit und beantragten die "unabhängige, sachverständige Studienkommission". Es herrschte von vornherein Klarheit darüber, daß das Ergebnis dieser Studienarbeit nahezu Abstriche von den sozialdemokratischen Vorstellungen über soziale Sicherheit bringen würde.

Die Aufnahme dieses auch vom SPD-Parteivorstand ausdrücklich gebilligten Vorschlages in der Presse war zunächst gut. Sie schien den Vorstellungen der Sozialdemokraten recht zu geben und weckte Hoffnungen auf eine gute Zusammenarbeit aller Parteien auf diesem für unser Volk so außerordentlich wichtigen Gebiet. Besonders die Fachleute aller Parteien haben, wenn auch unter Vorbehalten, die SPD-Initiative prinzipiell begrüßt. Die Koalitions-"politiker" aber haben die Brücke brutal eingerissen.

Der Abgeordnete Horn (CDU) erklärte namens der Regierungskoalition: "Wir wollen keinen Sozialplan", darüber müsse ein für allemal Klarheit herrschen. Frau Kalinke (DP) fragte: Welcher Freiheit würde sich der Staatsbürger noch erfreuen, wenn sich der Staat Tag und Nacht um ihn kümmere? Nun, zur Zeit hat der sozial Bedürftige allerdings die Freiheit, Tag und Nacht zu hungern und zu frieren, dank der Politik dieser Koalition. Die angestrebte Reform der sozialen Sicherheit aber sollte ihm eine andere Freiheit bringen, die Freiheit von Not und von Sorge um seine soziale Existenz.

Noch einmal, in der Bundestagsdebatte selbst, bauten die Sozialdemokraten eine Brücke. Sie wollten sich mit den Koalitionsparteien in einem sachverständigen Ausschuß des Bundestages in ruhiger Atmosphäre unterhalten. Auch das wurde abgelehnt. Stattdessen wird nun ein Arbeitsausschuß beim Arbeitsminister neue Sozialgesetze erarbeiten und die Flut der Gesetzgebungsparagraphen um einige tausend bereichern.

Aber der Sozialplan ist nicht tot. Diese Ablehnung hat ihn erst zu vollem Leben erweckt. Jetzt können die sozialdemokratischen Experten ohne Rücksichten auf Bedenken anderer an die Vollendung ihres Planes gehen. Was aus sozialem Unverstand und reaktionärem Versicherungsegoismus nicht gemeinsame Aufgabe aller demokratischen Parteien werden konnte, wird nun das Wahlprogramm der SPD und - so das Volk es will - künftiges Regierungsprogramm werden.

Auf dem Weg zur Vierer-Konferenz ?

ae. Es liegt nun an der Bundesregierung, mit einer allen Zweifel ausschließenden Klarheit zu beweisen, daß es ihr mit der deutschen Einheit ebenso ernst ist, wie mit dem Anschluß an die westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft. Die Bundesregierung kann an der Antwort der Sowjetunion auf den bestellten Grotewohl-Brief nicht einfach vorüber gehen, weil es nicht in ihren Fahrplan paßt. Es muß jetzt und mit aller Deutlichkeit klargestellt werden, ob es sich bei dem Vorstoß der Sowjetunion um einen ernstesten Versuch handelt, über die deutsche Frage in ein konkretes Gespräch zu kommen. Ihn als übliches Propagandamätzchen abzutun, wie es ein Großteil der der Regierung nahestehenden Presse getan hat, heißt, auf einer Position zu verharren, die für lange Zeit jede Möglichkeit der Auflockerung der internationalen Beziehungen, soweit dies von deutscher Seite und durch deutsche Initiative geschehen kann, verschließt. Die Stunde ist gekommen, die Chancen eines echten Versuchs, die Sowjetunion bei ihrem Wort zu nehmen, zu erproben.

Offensichtlich steuert die Sowjetunion auf eine Viererkonferenz über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu. Noch kennt niemand den Preis, den sie selbst bezahlen oder von den Westmächten verlangen wird. Die dunkle Andeutung Ulbrichts vor SED-Funktionären, das Vorgehen der Ostzonenregierung "in seiner ganzen Bedeutung einzuschätzen und es nicht etwa nur als vorübergehende Kampagne zu betrachten", läßt die Furcht über die zukünftige Stellung der SED anklingen. Auch die deutschen Handlanger Moskaus kennen aus eigener Erfahrung die Großzügigkeit des Kreml in der Preisgabe von Satelliten um höherer sowjetrussischer Interessen willen.

Vom Standpunkt der Sowjetunion aus war das Experiment der Sowjetzone recht fragwürdig; es wurde kein Sprungbrett für die Eroberung ganz Deutschlands. Noch nie waren die Sowjets von ihren Deutschlandzielen so entfernt wie heute. Die Enttäuschung darüber mag den Kreml vielleicht bestimmen, sein Steuerruder herumzureißen und lieber ein aus freien und allgemeinen Wahlen hervorgegangenes

Deutschland in Kauf zu nehmen, als einen Teil, den wichtigsten, die Bundesrepublik, dem Westen militärisch angegliedert zu wissen.

Aber es ist noch lange nicht so weit. Ulbricht und Grotewohl ließen wohl das "gesamtdeutsche Gespräch" als Vorstufe für die Wiedererringung der deutschen Einheit zunächst fallen, sie gingen jedoch nicht direkt auf die unabdingbare Forderung des Deutschen Bundestages nach der Bildung einer deutschen Nationalversammlung ein, aus deren Mitte ja erst die Regierung gebildet werden kann, die von deutscher Seite als einzig möglicher Partner für Friedensvertrags-Verhandlungen in Frage kommt. Diese vielleicht absichtlich gewollte Unklarheit findet allerdings ihr Gegenstück in der mangelnden Bereitschaft der Bundesregierung, zu ihren eigenen Entschlüssen und zu den Entschlüssen des Bundestages in der Frage der deutschen Einheit zu stehen. Hier läßt die Bundesregierung jeden politischen Offensivgeist vermissen. Sie beharrt auf einer politischen Einstellung, die der militärischen Integration mit dem Westen den Vorrang vor der deutschen Einheit gibt. Sie trägt damit zur Erstarrung der politischen Fronten bei, statt alles zu tun, um auch die Westmächte von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß im Augenblick alles auf eine Entspannung und Auflockerung der verkrampften internationalen Situation ankommt.

+ + +

"Der Kanzler ist im Grunde seines Herzens ein Verteidiger der Teilung Deutschlands, solange die Kräfte der freien Welt stärker als die Rußlands sind. Er vergißt jedoch dabei, daß man mit Bajonetten alles machen kann, nur nicht - wie Napoleon sagte - darauf sitzen. Diese Politik der größeren Macht des Westens führt ihn dazu, die Vorschläge der Sowjetzonenregierung ohne Prüfung als "Ablenkungsmanöver" abzulehnen".

("Le Soir", Brüssel, 16.2.52)

+ + +

Der BVD zwischen Parteipolitik und Hausmachtstreben

Aus Kreisen der Vertriebenen wird uns geschrieben:

Die Manipulationen um den Vertriebenenminister Dr. Lukaschek erhalten eine besonders pikante Note durch den Hinweis, daß bereits seit langem in denjenigen Kreisen Bonns, die mit Angelegenheiten der Heimatvertriebenen befaßt sind, allgemein die Ansicht vertreten wird, daß Dr. Kather, der vorläufige Vorsitzende des BVD, allzugerne mit der "Krone des Vertriebenenministers" spiele und man bei ihm über mangelnden Ehrgeiz keinesfalls zu klagen brauche. Für Dr. Adenauer wäre ein Personenwechsel Lukaschek - Dr. Kather der beste Schachzug zur "politischen Neutralisierung" der Flüchtlinge, besonders im Hinblick auf die kommenden Wahlen und den Wehrbeitrag. Es wird davon gesprochen, daß man diesen Übergang besonders dadurch wirkungsvoll zu drapieren gedenke, daß man Dr. Kather eine Milliarde M für den Lastenausgleich mit auf den Weg gibt, um ihn zu dem erfolgreichen Vertreter der Vertriebeneninteressen zu stempeln.

Eine Probe aufs Exempel für das so spät auftauchende soziale Verantwortungsbewußtsein der Bundesregierung wird der Antrag der SPD-Fraktion sein, der die Beschaffung von einer Milliarde M für die beschleunigte Umsiedlung und Eingliederung der Vertriebenen und Evakuierten fordert.

So wie man nun mit allen Mitteln auf Regierungsebene versucht, eine "Neutralisierung" der Heimatvertriebenen zu erreichen, so versucht man auch in den Massenorganisationen der Vertriebenen durch die personelle Besetzung des "vorläufigen" Präsidiums des BVD und eine entsprechend gerichtete Personalpolitik in den weiteren Führungsstellen, den Regierungsparteien, besonders der CDU und DF Machtpositionen zu verschaffen, die sie sonst niemals mehr erreichen würden. Eine große, sozial fundierte Bewegung soll auf diese Weise verfälscht und zu einer parteipolitischen Hilfstruppe degradiert werden. Will man auf diese Art den geschwundenen CDU-Anhang wieder ergänzen und sich das "reiche Reservoir der Flüchtlingstimmen" aufs Neue, diesmal mit taschenspielerischer Geschicklichkeit in der Personalpolitik, erschließen - nachdem Phrasen und rednerische Unverbindlichkeiten nach drei Jahren Regierung ohne Taten keine Aussicht auf Erfolg haben

Es muß einmal klargestellt werden: Es gibt für die große Masse der Vertriebenen keinen Fall Lukaschek, sondern nur einen Fall der

Regierung "Athenier" und ihres sozialen Versagens in der Vertriebenenpolitik. Wenn nun weitgehend Dr. Kather als "Vertreter und Herold der Interessen der Vertriebenen" sich in den Vordergrund zu spielen versucht, so sei daran erinnert, daß auch Dr. Kather bei den Abstimmungen im Bundestag in der Front der "freien Marktwirtschaft" stand, die die wirtschaftliche Ausbeutung des Volkes und besonders der Heimatvertriebenen in diesem Ausmaße erst ermöglichte. Er trägt als Angehöriger der CDU die Verantwortung mit dafür, daß die drängendsten Probleme auf die lange Bank geschoben wurden, auf der anderen Seite jedoch die Restaurierung des Besitzbürgertums erfolgte, so daß heute größte Flüchtlingsnot und ungeheurer Reichtum einander gegenüberstehen.

Der einseitigen und unglücklichen Entwicklung der Vertriebenenverbände zu politischen Ersatzparteien kann nur begegnet werden, indem man in ihren Spitzengremien alle politischen Richtungen berücksichtigt und außerdem zumindest an der Spitze des Gesamtverbandes eine parteipolitisch weitgehend neutrale Persönlichkeit steht. Herr Dr. Kather dürfte in keinem Falle der geeignete Mann dafür sein. - Wie weit seine Abhängigkeit vom Bundeskanzler und der Regierungspolitik geht, zeigt die Tatsache, daß er nur sehr schwach und so verkleinert von den Bedingungen der Heimatvertriebenen in der Frage des Wehrbeitrages sprach, daß es für den Mann auf der Straße kaum verständlich war. Im Zusammenhang mit der Wehrdebatte ist die Frage erlaubt: Wird die Regierung nicht auf unabdingbare Forderungen der Heimatvertriebenen genau so Verzicht leisten, wie sie es in allen anderen grundlegenden Fragen getan hat? Allein daß diese Frage gestellt werden muß, läßt einen getreuen CDU-Paladin nicht für eine derartige fordernde Kampfposition um Recht und soziale Gerechtigkeit für die Heimatvertriebenen geeignet erscheinen.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß Dr. Kather keineswegs der gewählte Repräsentant der Heimatvertriebenen ist; denn sowohl er als das gesamte Präsidium ist eine Konstruktion der obersten Manager des bisherigen ZVD und einzelner angeschlossener Landsmannschaften. Man fand es nicht einmal für notwendig, von den 700 Funktionären bei der Gründungsversammlung in Hannover nachträglich eine Genehmigung für das untereinander ausgehandelte Präsidium einzuholen. Dem Präsidium fehlt dadurch die Bestätigung von unten, Herr Dr. Kather hat nicht das Recht, als "Sprecher der Heimatvertriebenen" im Sinne der Regierungspolitik tätig zu sein.

Verantwortlich: Peter Raunau